„STURM DER LIEBE“
Was Vivien Wulf am Bodensee erleben will
Leute!

VERMESSUNG DER MEERE
WELCHE GEHEIMNISSE LIEGEN DA UNTEN?
Digitale Welt

INTERVIEW
Kretschmann über Aufrüstung und die Folgen
Wirtschaft

KONSTANZ

MITTWOCH, 5. MÄRZ 2025
NR. 53 | 81. JAHR | K
PREIS 3,00 EURO
www.suedkurier.de

SÜDKURIER

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG IN BADEN-WÜRTTEMBERG

KONSTANZ

Drei Prozess-Seiten legen Revision ein

Der Prozess um die Schüsse an der Konstanzer Eni-Tankstelle, durch die ein Mann schwer verletzt worden war, muss möglicherweise wiederholt werden. Der ältere der beiden Angeklagten, der vier Jahre und sechs Monate Gefängnis erhalten hatte, das Opfer als Nebenkläger sowie die Staatsanwaltschaft haben vorsorglich Revision eingelegt. Wenn sie diese auch noch entsprechend begründen, untersucht der Bundesgerichtshof das Urteil auf Rechtsfehler. (sf)

RADOLFZELL

Hotelneubau kann bald beginnen

Dem Neubau eines Hotels am Bahnhofplatz 1 in Radolfzell steht nun offenbar nichts mehr im Wege. Nach jahrelangen Diskussionen im Gestaltungsbeirat scheint das Gremium mit dem Projekt zufrieden zu sein. Bald will der Investor das bestehende Ensemble abreißen und neu bauen lassen. Die Baustelle soll mit Bauzäunen und Planen ansprechend gestaltet werden, damit sie zum 1200-Jahr-Jubiläum der Stadt einen guten Eindruck hinterlässt. (sf)

EIGELTINGEN

Unfall verursacht nach Drogenkonsum

Ein 18-jähriger Autofahrer hat am Samstagabend auf der Landesstraße 194 unter Drogeneinfluss einen Unfall verursacht. Laut Polizei verlor der junge Mann in einer Kurve die Kontrolle über seinen Wagen, in dem sich auch drei weitere Mitfahrer befanden. Das Auto kam von der Fahrbahn ab und überschlug sich mehrfach. Drei der Insassen wurden verletzt. Die Polizei stellte den Führerschein sicher. Am Auto entstand ein Schaden von 8000 Euro. (maw)

SINGEN

Technische Betriebe beseitigen viel Müll

In Singen haben die Narren bei mehreren Veranstaltungen gefeiert. Auch bei Umzügen mit viel Publikum. Aber dabei haben die Besucher auch reichlich Müll hinterlassen. Und das in der Summe bergeweise, wie Michael Okle, Leiter der Technischen Betriebe der Stadt Singen, im Gespräch mit dem SÜDKURIER aufzeigt. Durch den großen Einsatz der Beschäftigten der Technischen Dienste sehe nach der Narretei Singen wieder sauber aus. (bit)

BODENSEE-WETTER

14° Höchstwert heute Nachmittag
0° Tiefstwert in der Nacht zu morgen

www.suedkurier.de/wetter Seite 10

Bilder: ARD, dpa

Preise: 3,00 Euro | 3,70 sFr.

3 2 5 1 0

Bürger sparen beim Essengehen

BaWü-Check: Sparen – aber wo? Privat schränken sich die Menschen im Land schon ein. Auch für die öffentlichen Haushalte haben sie Ideen.

Den Restaurantbesuch leisten sich nicht mehr alle. BILD: STOCK.ADOBE.COM - PIXELSHOT

Allensbach/Stuttgart (rom) Wo sollte der Staat den Rotstift ansetzen in Zeiten knapper Kassen? Und wo sparen die Bürger selbst? Das wollten die baden-württembergischen Tageszeitungen gemeinsam mit dem Institut für Demoskopie in Allensbach im aktuellen BaWü-Check wissen. Die Bereitschaft zum Sparen ist im eigenen Leben durchaus vorhanden: Die meisten Baden-Württemberger (60 Prozent) schränken sich bei Restaurantbesuchen ein, 50 Prozent bei Urlaubsreisen. 42 Prozent sparen bei Heizungen und Strom, 36 beim Sprit. Wer wirtschaft-

lich besser gestellt ist, hat dagegen den Wunsch, das Leben zu genießen, ohne sich einzuschränken. Nur 41 Prozent bewerten ihre eigene wirtschaftliche Lage positiv, 39 Prozent als durchwachsen und 20 Prozent als schlecht.

Bei öffentlichen Ausgaben setzen die Bürger auf eine Landtagsverkleinerung (62 Prozent), die Zusammenlegung von Ministerien (60 Prozent) oder die Abschaffung von Beamtenprivilegien (66 Prozent). An Schulen, der Gesundheitsversorgung, Verkehr oder Wohnungsbau soll dagegen nicht gespart werden. Auch das Thema Sicherheit ist den Befragten jeden Cent wert.

Kommentar: „Rotstift der Bürger“
Thema des Tages: Wo die Bürger Einsparungen gutheißen würden

Bilanz der eigenen wirtschaftlichen Lage

Frage: „Wie beurteilen Sie Ihre eigene wirtschaftliche Lage?“

Milliarden-Plan für Europas Aufrüstung

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen will EU-Schuldenregeln lockern, um die gestoppten US-Hilfen für Kiew zu ersetzen

Mit einem Fünf-Punkte-Plan sollen bis zu 800 Milliarden Euro mobilisiert werden, sagt Ursula von der Leyen.
BILD: IMAGO

Brüssel (AFP) Zwei Tage vor einem EU-Krisengipfel zur Ukraine hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen einen „Plan zur Wiederaufrüstung Europas“ vorgeschlagen. Der Fünf-Punkte-Plan umfasst eine Lockerung der Schuldenregeln sowie verschiedene Anreize zur Steigerung der

Verteidigungsausgaben, wie von der Leyen sagte. Insgesamt könne Europa so „nahezu 800 Milliarden Euro“ mobilisieren, sagte sie. Damit könne die EU sofort ihre Militärhilfe für die Ukraine

steigern, nachdem US-Präsident Donald Trump die Unterstützung für Kiew ausgesetzt hatte. Von der Leyen schlug ein EU-Finanzinstrument vor, um die Mitgliedsländer bei der Aufrüstung zu unterstützen. Es soll Darlehen in Höhe von 150 Milliarden Euro umfassen, die durch den EU-Haushalt abgesichert sind. Damit könnten die Staaten unter anderem Luftabwehrsysteme, Artillerie, Raketen und Munition beschaffen.

Kommentar: „Ein Vertragsbruch“
Politik: USA stoppen Militärhilfe für Kiew

Fünf Prozent mehr Lohn bei der Post

Berlin (AFP) Das Unternehmen und die Gewerkschaft Verdi haben sich in der vierten Verhandlungsrunde auf einen neuen Tarifvertrag bei der Deutschen Post geeinigt. Die Einigung sieht fünf Prozent mehr Lohn und mindestens einen zusätzlichen Urlaubstag für alle Beschäftigten vor. Die Laufzeit des Tarifvertrags beträgt 24 Monate. Die Erhöhung des Entgelts für die rund 170.000 Beschäftigten bei der Deutschen Post soll laut DHL in zwei Schritten erfolgen: Am 1. April dieses Jahres steigen die Gehälter zunächst um zwei Prozent, ein Jahr später dann um weitere drei Prozent. Die Lohnerhöhungen gelten auch für Auszubildende und Bachelor-Studierende.

Verbrennerautos auf dem Rückzug

Flensburg (dpa) Die Zahl der Fahrzeuge auf deutschen Straßen ist erneut gestiegen. Zum Stichtag am 1. Januar waren 61,1 Millionen Kraftfahrzeuge registriert – ein Anstieg um 0,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, wie das Kraftfahrt-Bundesamt berichtete. Autos bildeten mit 49,3 Millionen Fahrzeugen weiterhin die größte Gruppe. Davon waren 88,3 Prozent privat zugelassen. Bei klassischen Verbrennermotoren zeigen die Zahlen einen Rückgang: Der Diesel-Anteil schrumpfte um 2,2 Prozent auf 28 Prozent und Benzinerverzeichneten ein Minus von 1,0 Prozent auf 60,6 Prozent des Bestands. Reine Elektroautos verzeichneten ein Plus von 17,2 Prozent auf 1,65 Millionen Fahrzeuge.

Israel weitet seine Offensive aus

Jerusalem (AFP) Die israelische Armee hat ihre seit Wochen andauernde Offensive im Westjordanland nach eigenen Angaben auf weitere Teile der Stadt Dschenin ausgeweitet. Der „Anti-Terrorinsatz“ in dem israelisch besetzten Palästinensergebiet sei „auf zusätzliche Gebiete in Dschenin“ ausgeweitet worden. Bei einem nächtlichen Einsatz wurden demnach zwei Palästinenser getötet, darunter ein örtlicher Anführer der islamistischen Palästinenserorganisation Hamas. Israel führt im Westjordanland seit Januar eine Großoffensive mit dem Ziel, militante Palästinensergruppen zu zerschlagen.

Politik: Araber besprechen Gaza-Plan

KOMMENTARE

BAWÜ-CHECK

Rotstift der Bürger

VON ANGELIKA WOHLFROM

Für den Verzicht braucht es keine Fastenzeit. Die Menschen im Land spüren steigende Preise im Geldbeutel und haben längst darauf reagiert: Sie gehen seltener ins Restaurant, schränken sich auch sonst beim Konsum ein, wo es geht. Auch bei den öffentlichen Haushalten haben die Bürger klare Ratschläge an die politisch Verantwortlichen: Die öffentliche Daseinsvorsorge, die einen persönlich am meisten berührt – Gesundheit, Schulen, Verkehr oder Sicherheit – ist den Bürgern heilig. Schon eher sehen sie Streichpotenzial bei Vergnügen wie Kultur oder Stadtfesten. Vor allem aber würde man den Rotstift bei Landtag, Ministerien und Beamten ansetzen. Die letzte Möglichkeit dazu, im Politikbetrieb Ausgaben zu sparen, haben dennoch die meisten verstreichen lassen: Das Volksbegehren „Landtag verkleinern“ erhielt nicht die nötige Zahl an Unterschriften. Demnächst dürfte es dazu wieder Gelegenheit geben, wenn die FDP ihr Volksbegehren auflegt. Diese Chance sollte man dann aber auch nutzen.

US-MILITÄRHILFE

Ein Vertragsbruch

VON FRIEDEMANN DIEDERICH

Nun ist klar, warum J.D. Vance beim Treffen mit Wolodymyr Selenskyj die Situation eskalieren ließ und dies bis zu einem Gesprächsabbruch trieb. Sein Präsident Donald Trump brauchte einen Vorwand, um die Militärhilfen für Kiew einzustellen. Dessen Devise lautet: Möglichst keinen US-Dollar für Zwecke außerhalb der USA ausgeben, deshalb ließ er auch den Etat der Hilfsorganisation USAID zusammenstreichen. Das Einfrieren der Ukraine-Hilfen vertieft jedenfalls den Bruch zwischen den USA und Europa. Und es zeigt die absolute Unberechenbarkeit des Republikaners, der jetzt auch das Budapest Abkommen von 1994 brach. Dieses Memorandum sicherte der Ukraine für die Aufgabe ihres Atomwaffenarsenals den Schutz der Souveränität durch die USA, Großbritannien und kurioserweise auch Russland zu. Wladimir Putin hat dieses Abkommen bereits zweimal gebrochen. Und Kreml-Sympathisant Trump verlangt von Kiew, dass es auf Knien für jene Hilfen bittet, die dem Land ohnehin zustehen.

UNTEN RECHTS

Radler auf der Autobahn

Ein betrunkenen 16-Jähriger ist in Niedersachsen mit seinem Fahrrad über eine Autobahn gefahren. Bundespolizisten entdeckten den Radfahrer auf der A30 an der deutsch-niederländischen Grenze. Ein Test ergab einen Atemalkoholwert von 1,65 Promille. Demnach entschied sich der Niederländer in der Nacht für die Autobahn, um auf dem schnellsten Weg nach Hause zu kommen. Die Polizei leitete ein Strafverfahren wegen Trunkenheit im Straßenverkehr ein. Der 16-Jährige wurde der Polizei übergeben und kam sicher nach Hause. (AFP)